

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Legal Basis:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) **Name und Adressen**

Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH
Heidenstr. 6
Neubrandenburg
17034
Deutschland
Telefon: +49 395/4501-170

E-Mail: ausschreibung@neuwoges.de

NUTS-Code: DE80J

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.neuwoges.de

I.2) **Informationen zur gemeinsamen Beschaffung**

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://portal.evergabemv.de/E64662896>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://portal.evergabemv.de/E64662896>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind. Ein uneingeschränkter und vollständiger direkter Zugang zu diesen Instrumenten und Vorrichtungen ist gebührenfrei möglich unter: www.subreport-elvis.de

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Einrichtung des öffentlichen Rechts

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Jahresabschlussprüfer

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

79200000

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Jahresabschlussprüfung der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH, der Tochterunternehmen und des NEUWOGES - Konzerns für 2019 mit jeweiliger Option für die Jahre 2020, 2021, 2022 und 2023

nach Handelsgesetzbuch (HGB), Kommunalprüfungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (KPG M-V) und Haushaltsgrundsätzegegesetz (HGrG).

Die Jahresabschlussprüfung erfolgt nach den Grundsätzen zur Jahresabschlussprüfung von kommunalen Wirtschaftsbetrieben nach Abschnitt III KPG. Das Grundwerk 2019 des Landesrechnungshofes Mecklenburg-Vorpommern ist zwingend anzuwenden.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE

NUTS-Code: DE8

NUTS-Code: DE80

NUTS-Code: DE80J

Hauptort der Ausführung:

Neubrandenburg

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Prüfung der Jahresabschlüsse und der Lageberichte einschließlich des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichtes für das Geschäftsjahr 2019 mit jeweiliger Option für die Jahre 2020, 2021, 2022 und 2023 der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH sowie der folgenden weiteren Gesellschaften: Immobilien Reparatur- und Service Gesellschaft mbH Neubrandenburg, Immobilien Dienstleistungsgesellschaft mbH Neubrandenburg, Haveg Immobilien GmbH, Pflegeheim Neubrandenburg gGmbH, Sozial- und Jugendzentrum Hinterste Mühle gGmbH.

Der Prüfungsauftrag umfasst neben den § 317 HGB bezeichneten Gegenstände auch die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 Abs. 1 HGrG ein.

Darüber hinaus ist der Landesrechnungshof berechtigt, den Prüfungsumfang zu erweitern.

Die Prüfung und die Berichterstattung haben auf der Grundlage der Vorschriften der §§ 316 ff. HGB zu erfolgen.

Zusätzlich soll eine Prüfung der Entsprechenserklärung zur Einhaltung des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Neubrandenburg sowie eine Prüfung nach § 16 MaBV erfolgen.

1.

Jahresabschlussprüfung der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH mit ca. 12.000 Wohnungs- und 310 Gewerbeeinheiten im Eigenbestand, das auch als Erschließungsträger tätig ist.

2.

Jahresabschlussprüfung der zu konsolidierenden Tochtergesellschaften:

- Immobilien Reparatur- und Service Gesellschaft mbH Neubrandenburg (immobiliennahe Dienstleistungen, Erbringung von Handwerkerleistungen und Parkraumbewirtschaftung),

- Immobilien Dienstleistungsgesellschaft mbH Neubrandenburg (personelle Dienstleistungen im Bereich IT, Personalverwaltung und Ausbildung, pädagogische Betreuung, etc.)

- Haveg Immobilien GmbH (Eigentümergeverwaltung)

3.

Konzernabschlussprüfung;

4.

Jahresabschlussprüfung der Pflegeheim Neubrandenburg gGmbH mit einer Kapazität von 175 Plätzen für die Pflege, Versorgung und Betreuung der Heimbewohner mit den Pflegegraden 1 bis 5.

5.

Jahresabschlussprüfung der Sozial- und Jugendzentrum Hinterste Mühle gGmbH (Beschäftigung mit Kindern und Jugendlichen als Träger der Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendsozialarbeit, Förderung des Wohlfahrtswesens, Betreibung von Einrichtungen zur Tierunterbringung als ordnungsrechtliche Angelegenheit). Die Prüfungsberichte sind für den Landesrechnungshof bereitzustellen. Es werden für den Auftraggeber je Gesellschaft eine Ausfertigung des Prüfungsberichts als pdf-Datei auf CD und je ein Kurztestat gefordert. Für die Tochtergesellschaften sind jeweils 10 Berichtsexemplare und für die Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH und den Konzern jeweils 23 Berichtsexemplare zu übergeben.

Erforderlich ist eine mündliche Berichtserstattung an den Aufsichtsrat der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH im Rahmen der Aufsichtsratssitzung.

Zusätzlich sind die Belege im Rahmen der Geschäftsbesorgung zu prüfen.

Folgende Terminkette ist jeweils einzuhalten:

Prüfung der Tochtergesellschaften - 1 Woche Prüfung je Gesellschaft beginnend ab der 8. KW. Die Entwürfe des Prüfberichts sind jeweils 3 Wochen nach Prüfungsende der jeweiligen Gesellschaft vorzulegen, die Übergabe der Endfassung spätestens eine Woche vor Prüfungsbeginn des Konzerns.

Prüfung der Muttergesellschaft und des Konzerns - Vorprüfung Muttergesellschaft 2 Wochen nach Terminabsprache, Hauptprüfung 5 Wochen beginnend ab der 14. KW. Die Entwürfe der Prüfungsberichte sind 3 Wochen nach Prüfungsende des Konzerns vorzulegen, die Übergabe der Testate erfolgt eine Woche nach Freigabe.

Prüfungserfahrungen im Bauträgergeschäft, der Baubetreuung, der Bewertung von Immobilienvermögen, dem Fördergebietsgesetz und dem Investitionszulagengesetz sind von Vorteil.

Im Falle einer Beauftragung wird der LRH MV eine jährliche Unabhängigkeitserklärung im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex einfordern; die Abgabe ist verpflichtend.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 12

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Nach Zustimmung des Aufsichtsrates und Beauftragung durch den Landesrechnungshof ist eine Beauftragung begrenzt auf weitere 4 Jahre möglich.

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Dem Landesrechnungshof ist jährlich für jeden Prüfungsfall eine Verpflichtungserklärung zur Unabhängigkeit, Unbefangenheit und Unparteilichkeit des Abschlussprüfers vorzulegen. Dieser hat in der Form der Anlage 1 des Grundwerkes zu erfolgen.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

1. Auszug aus dem Berufsregister nach § 40 Abs. 3 Wirtschaftsprüferordnung (WPO), aus dem sich ergibt, dass der Bieter als gesetzlicher Abschlussprüfer nach § 38 Nr. 1h oder Nr. 2g WPO in das Berufsregister der Wirtschaftsprüfungskammer eingetragen ist, für ausländische Bewerber Nachweis der Gleichstellung entsprechend RL 2013/55/EU.
2. Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung in Höhe von mind. 5 Mio EUR.
3. ggf. Bewerbergemeinschaftserklärung, aus der die Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft, die Absicht ihres Zusammenschlusses zu einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall und der bevollmächtigte Vertreter hervorgehen (Formblatt 234)

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Erklärung über den Gesamtumsatz für die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Vorlage einer Referenzliste über Erfahrungen und Sachkunde über die Prüfung von kommunalen Unternehmen sowie Nachweis der Kenntnisse der landesrechtlichen Vorschriften Mecklenburg-Vorpommerns, insbesondere KPG, KAG, KV, EigVO und EigVOVV, LHO sowie die dazugehörigen Verwaltungsvorschriften.
2. Vorlage einer Referenzliste zur Prüfung von Konzernabschlüssen der Wohnungswirtschaft mit mind. 3 Tochtergesellschaften.
3. Angaben zum Gesamtpersonal des Bewerbers, getrennt nach Angestellten und freien Mitarbeitern, aufgeschlüsselt nach Berufsgruppen und Berufsjahren.

III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.2) Bedingungen für den Auftrag

III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

- a) Die Verhandlungen, die Abwicklung der Leistungsbeziehung und das Erbringen der Dienstleistung erfolgen in deutscher Sprache.
- b) Die Vorgaben des Landesrechts (z.B. Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge in Mecklenburg-Vorpommern [Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommern - VgG M-V] müssen erfüllt werden.
- c) Die Datensicherung muss entsprechend der DSGVO erfolgen.
- d) Für die ausgeschriebene Leistung sind mind. 2 Wirtschaftsprüfer/Steuerberater mit der Spezialisierung Wohnungswirtschaft und ein zusätzlicher Wirtschaftsprüfer erforderlich.
- e) Das Grundwerk des Landesrechnungshofes Mecklenburg Vorpommern ist zwingend anzuwenden.

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

- IV.1.1) **Verfahrensart**
Offenes Verfahren
- IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**
- IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**
- IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**
- IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**
Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein
- IV.2) **Verwaltungsangaben**
- IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**
- IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**
Tag: 04/06/2019
Ortszeit: 12:00
- IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**
- IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**
Deutsch
- IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**
Das Angebot muss gültig bleiben bis: 12/08/2019
- IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**
Tag: 04/06/2019
Ortszeit: 15:00

Abschnitt VI: Weitere Angaben

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Die gesamte Kommunikation ist ausschließlich über die Vergabeplattform Subreport zu führen, Angabe im Betreff: „[04/19_VST]“.
Telefonische Anfragen werden nicht bearbeitet. Rückfragen zu den Vergabeunterlagen sind nur bis zu 6 Tagen vor dem Öffnungstermin zulässig. Danach gestellte Anfragen, die eine Änderung der Vergabeunterlagen nach sich ziehen würden, werden nicht mehr berücksichtigt.
Die Angebote sind elektronisch in Textform über die Vergabeplattform Subreport einzureichen. Sie müssen den Zeitaufwand aufgeteilt nach den Qualifikationsstufen I.-III. der eingesetzten Prüfer in Stunden enthalten.
Die Unterlagen sind vollständig einzureichen. Inhaltliche Änderungen sind nicht zulässig.
Bitte beachten: Um einen eventuellen Ausschluss des Angebotes zu vermeiden, legen Sie bitte die geforderten Nachweise und Erklärungen dem Angebot unbedingt vollständig bei.
Die Bildung von Bewerber-/Bietergemeinschaften (nachfolgend: „Bietergemeinschaft(en)“ [BG], im Auftragsfalle Arbeitsgemeinschaft(en) [AG]) ist zulässig. BG müssen sich bereits als solche bewerben. Die nachträgliche Bildung ist grundsätzlich nicht möglich. Die BG hat mit dem Angebot eine von allen Mitgliedern rechtsverbindlich unterschriebene Erklärung abzugeben,
— in der die Bildung einer AG im Auftragsfall erklärt ist,

- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und eines der Mitglieder als bevollmächtigter Vertreter für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages bezeichnet ist,
 - in der bestätigt wird, dass der bevollmächtigte Vertreter alle Mitglieder der BG/AG gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - in der erklärt wird, dass alle Mitglieder für die Erfüllung des Vertrages gesamtschuldnerisch haften,
 - in der angegeben wird, welches Mitglied welche Leistungen ausführt.
- Weiter ist in einer kurzen Begründung (Form: Eigenerklärung) anzugeben, aus welchem (kaufmännischen odertechnischen) Grund eine BG eingegangen wird.
- Es ist grundsätzlich nicht zulässig, dass ein Mitglied einer BG parallel ein eigenes Angebot abgibt bzw. parallel an einer anderen BG teilnimmt.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

1. Vergabekammer bei dem Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern
Schwerin
Deutschland

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Es wird verwiesen auf § 160 GWB:

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern
Schwerin
Deutschland

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

10/04/2019